



BERLINER ERKLÄRUNG VOM 5. NOVEMBER 2015

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIEN BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Wir, die Versammelten am 5.11.2015, prekär Beschäftigte und Gewerkschafter, darunter ehren- und hauptamtliche Verantwortliche aus Vorständen und Gremien, Tarifkommissions- und Betriebsgruppen-Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebs- und Personalräte, erklären:

Es muss Schluss sein in Berlin

- mit von Seiten des Landes organisierter prekärer, ungeschützter Beschäftigung,
- mit der Auslagerung von ganzen Arbeitsbereichen mit den Folgen mangelnder tarifvertraglicher Regelungen und Schutzbestimmungen,
- mit einer Politik des Kaputtsparens, deren Ergebnis Ausgliederungen, Lohndumping und Tariffucht sind.

Prekäre Beschäftigung trifft immer die gesamte Belegschaft, wenn Bereiche mit befristeten oder Teilzeit-Arbeitsplätzen statt Normalarbeitsverhältnissen entstehen und sich verfestigen, wenn tarifvertragsfreie Zonen geschaffen werden, wenn Teilbereiche in Tochterunternehmen oder durch Fremdvergabe ausgegliedert werden, wenn Daueraufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und Bildung an Honorarkräfte und Lehrbeauftragte übertragen werden. Das Ergebnis sind ungleiche Entlohnung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und psychische Belastung. Der Weg in die Altersarmut ist vorprogrammiert, auch nach einem 45-jährigen Arbeitsleben.

Gewerkschaftliche Strukturen werden zerrissen oder können gar nicht erst entstehen, Belegschaften gespalten, Betriebs- und Personalräte geschwächt. Lohndumping ist das Ziel. Tarifverträge werden zum Flickenteppich.

Wir fordern den Senat, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die Berliner Bezirksbürgermeister und die Bezirksverordneten, alle, die sich auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung berufen, auf: Ergreift die politische Initiative gegen jede Form der Ausgliederung, gegen Lohndumping und Tariffucht.

- Stoppt die Schaffung weiterer prekärer, ungeschützter Beschäftigung.
- Setzt den Befristungen ein Ende. Schafft feste Stellen für die DozentInnen in Daueraufgaben.
- Sorgt für die Aufhebung der tarifvertragsfreien Zonen.
- Union Busting muss strikt sanktioniert werden.

Angesichts der Tausenden von Flüchtlingen erklären wir:

Die Flüchtlinge kommen in eine Stadt, deren soziale Infrastruktur (Verwaltung, Schulen, Krankenhäuser usw.) kaputtgespart wurde. Sie kommen in eine Stadt, die als Hauptstadt prekärer Beschäftigung bekannt ist. Um Fremdenhass und einem Gegeneinander-Ausspielen von Flüchtlingen und heimischer Bevölkerung zu begegnen, muss für ausreichend Personal in der Verwaltung und in den Bezirksämtern gesorgt werden und es müssen ausreichend LehrerInnen, Kita-ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, SprachdozentInnen, ÄrztInnen und Pflegepersonal eingestellt werden.

Wir werden nicht akzeptieren, dass Flüchtlinge als Billigjobber instrumentalisiert werden, um den Druck auf die Löhne und die Tarifverträge noch weiter zu erhöhen und um als Reservarmee die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse noch weiter zu befördern. Der Kampf unserer Gewerkschaften für die Aufhebung prekärer Arbeit und gegen Lohndumping ist der Kampf für alle: Arbeitnehmer, Erwerbslose, Jugendliche – und für die Flüchtlinge: wir alle brauchen einen tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Arbeitsplatz. Flüchtlingen ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft zu ermöglichen.

Der Kampf gegen prekäre Arbeit ist Aufgabe der gesamten gewerkschaftlichen Organisation.

Wir bekennen uns zu dem gewerkschaftlichen Grundsatz „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ durch Flächentarifverträge, die den Wettbewerb in einer Branche über Löhne und Arbeitsbedingungen ausschließen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das ist das Prinzip der Gewerkschaft.

Die gewerkschaftliche Organisation geeigneter Maßnahmen für die Aufhebung prekärer Arbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der ver.di, d.h. der Mitglieder der Tarifkommissionen, der Gewerkschaftssekretäre, der Bezirks- und Fachbereichsvorstände und aller gewerkschaftlich Organisierten.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe beginnt damit, dass die Gewerkschaften jede Form der Tariffucht und Untergrabung der Tarifverträge öffentlich anprangern, immer dort wo dies durch Ausgründung, Ausgliederung oder Privatisierung, durch Leiharbeit oder Werk- und Dienstverträge stattfindet. Gegen Tariffucht brauchen wir unser **uneingeschränktes Streikrecht**, vor allem die Möglichkeit des Streiks gegen Auslagerung und Fremdvergabe.